



Presseschau vom 30.05.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Sergei Axjonow: **Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein – Briten im Dienst von "Asow"**

Nach der endgültigen Sicherung des Asow-Stahlwerks in Mariupol durch das russische Militär wird weiterhin ermittelt, wie viele nichtukrainische Soldaten und Armeeangehörige sich unter den festgenommenen Personen befinden. Dazu gehört auch eine unbekannte Zahl von britischen Bürgern. ...

<https://kurz.rt.com/2zol> bzw. [hier](#)

Anna Schafran: **Größenwahn als Geisteskrankheit der Ukraine**

Haben Staaten ein Seelenleben? Laut der russischen Fernsehmoderatorin Anna Schafran scheinen jedenfalls einige Staaten und Gesellschaften Anzeichen psychischer Erkrankungen aufzuweisen. Besonders ausdrücklich seien diese beim Westen und in der Ukraine zu erkennen. ...

<https://kurz.rt.com/2zow> bzw. [hier](#)

Bradley Blankenship: **"Unsere Hemisphäre": Die USA stehen vor dem Boykott durch ihre lateinamerikanischen Nachbarn**

Die USA sind dabei, den Gipfel der Amerikanischen Staaten auszurichten, aber sehr wahrscheinlich werden nicht viele ihrer Nachbarn daran teilnehmen. Die Vereinigten Staaten riskieren, von der ganzen amerikanischen Gemeinschaft auf eine schwarze Liste gesetzt zu werden. ...

<https://kurz.rt.com/2zqy> bzw. [hier](#)

Desiree Lambert: **Die Zukunft ist virtuell: Wie das US-Militär mit seinem eigenen "Metaverse" verschmilzt**

Das "Metaverse" ist zu einem der neuesten Schlagworte geworden, das sich im Verteidigungsbereich gleichzeitig als wichtiges Instrument zur Verbesserung der Effektivität auf dem Schlachtfeld und als Forum für die innermilitärische Kommunikation und den Austausch erweisen könnte. Doch wie weit ist die Technologie? ...

<https://kurz.rt.com/2zky> bzw. [hier](#)

Marinko Učur: **Scheinheilig – werden NATO-Verbrechen angeklagt, pocht der Westen auf Immunität**

Die Doppelmoral der NATO ist schwer erträglich: Sie beruft sich in der juristischen Verantwortung für die illegalen Bombenangriffe auf Jugoslawien auf "Immunität" für ihre Truppen. Das ist für sie eine bewährte Formel, auch bei der wahllosen Tötung von Zivilisten im Irak, in Syrien und in Afghanistan. ...

<https://kurz.rt.com/2zjz> bzw. [hier](#)

Alexander Karpow, Aljona Medwedewa: **Strategische Truppen Russlands werden für Jahrzehnte mit "Sarmat"-Raketen ausgerüstet**

Noch in diesem Jahr wird die neue Interkontinentalrakete "Sarmat" an die ersten Truppenteile Russlands ausgeliefert. Mit dieser Modernisierung sollen die Raketentruppen Russland einen Vorsprung vor den USA für die nächsten 50 Jahre sichern können. ...

<https://kurz.rt.com/2zpd> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Stichwahl in Kolumbien – Droht eine US-Intervention bei einem linken Wahlsieg?**

Nachdem bei den Präsidentschaftswahlen in Kolumbien kein Kandidat die nötigen Stimmen erhielt, steht eine Stichwahl an. Dabei tritt ein Ex-Mitglied einer linken Rebellengruppe gegen einen Rechts-außen-Mogul an, der von einem Mitte-Rechts-Politiker unterstützt wird. ...

<https://kurz.rt.com/2zty> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

18:55 de.rt.com: **Tschechien bereitet weitere Waffenlieferungen an Ukraine vor**

Wie die dpa meldet, will auch Tschechien der Ukraine in Kürze weitere Rüstungsgüter und Waffen im Wert von umgerechnet 24 bis 28 Millionen Euro liefern. Das kündigte Verteidigungsministerin Jana Černočová am Sonntag im öffentlich-rechtlichen Fernsehen CT an.

Entscheidend sei, dass die "Hilfe", wie sie formulierte, "kontinuierlich erfolgt", so die konservative Politikerin. Seit dem Beginn der russischen Militäroperation vor mehr als drei Monaten habe Tschechien die Ukraine mit Lieferungen im Wert von mehr als 140 Millionen Euro "unterstützt".

Die Ministerin räumte ein, dass darunter auch schwere Waffen gewesen seien, machte aber "aus Sicherheitsgründen" keine genauen Angaben zu Art und Umfang der Waffenexporte in das ukrainische Kriegsgebiet. Nach Medienberichten sollen unter anderem T-72-Panzer, BMP-1-Schützenpanzer, "Dana"-Haubitzen und möglicherweise auch Kampfhubschrauber des sowjetischen Typs Mil Mi-24 geliefert worden sein.

Tschechien ist seit 1999 Mitglied der NATO.

19:30 de.rt.com: **Ukrainischer Präsident Selenskij besucht Frontgebiet Charkow**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat die umkämpfte Region Charkow im Osten des Landes besucht. Am Sonntag im offiziellen Telegram-Kanal des Präsidenten verbreitete Videoaufnahmen zeigen Selenskij dabei, wie er Soldaten auszeichnete, die zerstörte Infrastruktur in Charkow inspizierte, aber auch von der russischen Armee zurückgelassene ausgebrannte Militärfahrzeuge besichtigte. Es ist der erste bekannte Besuch Selenskij im Frontgebiet im Osten des Landes seit Kriegsbeginn.

Selenskij dankte den Soldaten für ihren Einsatz:

"Ich bin grenzenlos stolz auf unsere Verteidiger. Jeden Tag kämpfen sie unter Einsatz ihres Lebens für die Freiheit der Ukraine."

Während Selenskij sich von der Militärführung einen Bericht über die operative Lage an der Front geben ließ, sprach er mit Gouverneur Oleg Sinegubow über die Schäden an zivilen Objekten in der Region. Laut Sinegubow wurden in Charkow und Umland mehr als 2.000 Häuser zerstört. Immer noch sind 31 Prozent des Territoriums unter russischer Kontrolle. Im Süden grenzt Charkow an gut befestigtes ukrainisch kontrolliertes Gebiet Slawjansk und Kramatorsks in der Donbass-Region. Russland nutzt den Osten und den Süden des Gebiets Charkow als Durchmarschgebiet für seine Armee. Ob nach der sich abzeichnenden vollständigen Befreiung der Donbass-Republiken eine Erstürmung Charkows durch russisches Militär stattfinden wird, bleibt vorerst unklar.

Die Stadt war schon im Jahre 2014 in den ersten Monaten nach dem Staatsstreich Schauplatz der blutigen Auseinandersetzungen zwischen Antimaidan-Kräften und Nationalisten. Als Domäne des ehemaligen Innenministers Arsen Awakow entwickelte sich Charkow zu einem

wichtigen Zentrum des ukrainischen Neonazismus. Die ersten Einheiten des berüchtigten Asow-Bataillons wurden aus den Charkower Fußball-Ultras rekrutiert.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6293a68bb480cc75f53cc924.jpg>

19:50 de.rt.com: **Deutsche Botschafterin verspricht Kiew eine Milliarde Euro Zuschussförderung**

Die Botschafterin Deutschlands in der Ukraine Anka Feldhusen trifft sich am Sonntag mit dem ukrainischen Finanzminister Sergej Marchenko. Nach dem Treffen teilte sie auf ihrem [Twitter](#)-Kanal mit, dass Deutschland der Ukraine Zuschüsse in Höhe von einer Milliarde Euro bereitstellen möchte:

"Habe mit dem Finanzminister Sergej Marchenko den aktuellen Stand im Finanzbereich und die Bereitstellung von Zuschüssen (1 Milliarde Euro) für die Ukraine durch Deutschland besprochen. Ich freue mich über die enge Zusammenarbeit zwischen den Finanzministerien unserer Länder."



https://pbs.twimg.com/media/FT7CeXNXoAED4_R?format=jpg&name=small

20:50 de.rt.com: **Ramsan Kadyrow: Ukraine macht dieselbe westliche Einmischung und einen provozierten Krieg durch wie Tschetschenien vor 30 Jahren**

Der Kanal Neoffizialny Bessonow "Z" [bringt](#) einen etwa siebenminütigen Videokommentar des Chefs der (russischen Teil-)Republik Tschetschenien, Ramsan Kadyrow. Das Oberhaupt der Kaukasus-Republik zieht darin einen Vergleich der Lage seiner Republik in den 1990er-Jahren mit der Lage der heutigen Ukraine. Kadyrow macht insbesondere auf die ausländische

Einmischung aufmerksam und warnt vor der Instrumentalisierung der Einheimischen durch fremde Interessen, die vor nichts zurückschrecken:

"Wir in der Tschetschenischen Republik haben das gleiche Szenario erlebt, das der Westen in der Ukraine durchspielt. Ausländische Söldner, Nazismus, tonnenweise Waffen, laute und unbegründete Erklärungen – all das ist genau dasselbe wie unsere tschetschenische Geschichte Anfang der 1990er-Jahre. Es besteht kein Zweifel – es ist ein und derselbe gut durchdachte und heimtückische Plan.

Und nur Russland hat alle Möglichkeiten, sich diesem Prozess zu widersetzen. Das Ergebnis dieses Plans ist die Zerstörung Russlands, die Ausplünderung seiner Ressourcen und die totale Beherrschung der Welt durch ausländische Atommächte. Das wird niemals geschehen!"

Schließlich gibt Kadyrow dem ukrainischen Präsidenten noch folgenden Rat:

"Um die Ukraine zu retten, muss sich Selenskij also die von der westlichen Propaganda beschmutzten Augen reiben und dem Nazismus in seinem Land ein Ende setzen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6293a84db480cc7ccd2fc057.jpg>

22:00 de.rt.com: **RT-Korrespondent: Ukrainische Attacke in der Region Cherson gescheitert – hohe Verluste für ukrainische Armee**

Das russische Militär hat in der Region Cherson die Attacke einer ukrainischen taktischen Bataillionskampfgruppe (BTG) abgewehrt. Das [meldet](#) RT-Militärkorrespondent Walentin Gorschenin mit Verweis auf russische Telegram-Kanäle mit Militärintformationen.

Gorschenin berichtet:

"Der Aufklärung der russischen Streitkräfte ist es gelungen, die Route für den Vorstoß einer taktischen Bataillionskampfgruppe in der Nähe des Flusses Ingulets in der Region Cherson in der Nähe des Dorfes Davydow Brod zu identifizieren."

Ihm zufolge habe der Generalstab der ukrainischen Streitkräfte am 29. Mai erklärt, dass die versuchte Offensive in der benachbarten Region Nikolajew gescheitert sei. Den russischen Truppen gelang es, die BTG anzugreifen und die Offensive zu stoppen.

Er meldete auch hohe Verluste für die ukrainische Armee bei der gescheiterten Attacke. Nach vorläufigen Angaben der russischen Streitkräfte seien bis zu 200 ukrainischer Soldaten getötet und mindestens zwölf gepanzerte Mannschaftstransporter, gepanzerte Fahrzeuge und Panzer zerstört worden. Auch ein Mi-8-Hubschrauber wurde abgeschossen.

Diese Angaben lassen sich nicht durch eine Zweitquelle überprüfen. Ukrainische Medien [schreiben](#) mit Verweis auf einen Sprecher der ukrainischen Regierung, dass die Attacke erfolgreich gewesen sei und ansonsten in der Region "Positionenkämpfe" stattfinden.

Die Region Cherson ist das einzige ukrainische administrative Gebiet, das Russland nach eigenen Angaben vollständig kontrolliert. Die derzeitige prorussische Verwaltung des Gebiets rechnet laut einem [Reuters-Interview](#) mit einem weiteren Vorstoß der russischen Armee im Süden der Ukraine in den Regionen Nikolajew und Odessa und mit einem späteren Anschluss

des Gebiets Cherson an Russland, wenn "die Ruhe einkehrt" und die Region nicht mehr beschossen wird.

vormittags:

7:00 de.rt.com: DVR: Seit 2014 sind in der Republik 117 Kinder getötet worden

In den acht Jahren des bewaffneten Konflikts auf dem Gebiet der Volksrepublik Donezk sind 117 Kinder getötet worden, 35 seit Februar dieses Jahres. Das erklärte der Leiter des Büros der Republik für gerichtsmedizinische Untersuchungen des Gesundheitsministeriums Dmitri Kalaschnikow der Agentur RIA Nowosti.

Ihm zufolge wurden die meisten der in diesem Jahr getöteten Minderjährigen im April und Mai Opfer von nicht explodierten Sprengkörpern. Kalaschnikow erklärte, dass mit dem Nachlassen der Intensität der Feindseligkeiten Kinder immer häufiger die Schutzräume verlassen und Granaten, unbenutzte Granatwerfer und weitere Waffen vorfinden. Er hob hervor:

"Es ist wahrscheinlich tragischer, dass die Kinder nicht durch den Beschuss, sondern durch den Fund dieser Nachkriegs-'Artefakte' getötet wurden."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6294478b48fbef70180290fb.jpg>

7:30 de.rt.com: Lawrow: Aufhebung der Sanktionen gegen Russland unwahrscheinlich

Die vom Westen initiierten antirussischen Sanktionen wurden seit langem vorbereitet und werden wohl kaum aufgehoben werden. Dies sagte der russische Außenminister Sergei Lawrow in einem Interview mit dem französischen Fernsehsender TF1. Er erklärte: "Diese Sanktionen, die wie eine Hysterie – ich würde sogar sagen, wie eine Agonie – aussehen, wurden vom Westen initiiert. Die Geschwindigkeit, mit der sie eingeführt wurden und ihr Umfang zeigen, dass sie nicht über Nacht entstanden sind. Sie sind schon seit geraumer Zeit geplant. Es ist unwahrscheinlich, dass diese Sanktionen irgendwann aufgehoben werden."

"Zumindest sagen die USA nicht öffentlich, aber in Kontakten mit ihren Verbündeten, dass die Sanktionen auch nach dem Ende der Verhandlungen bestehen bleiben werden."

Lawrow zufolge geht es nicht um die Ukraine, die als Werkzeug, als Druckmittel fungiert, sondern darum, die Entwicklung Russlands aufzuhalten. Er betonte:

"Russland verhindert, dass der Westen eine unipolare Welt errichtet, die Washington mit der gehorsamen Zustimmung Europas proklamiert hat. Was hat Europa in dieser Situation geopolitisch zu gewinnen? Ich weiß es nicht. Politische Analysten schreiben jetzt, dass Europa in Bezug auf die Zukunftsaussichten der Hauptverlierer in dieser ganzen Geschichte

ist."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/629449adb480cc631f64f4b2.jpg>

8:30 de.rt.com: **Lawrow dementiert Gerüchte über Putins Gesundheitszustand**

Der russische Außenminister Sergei Lawrow hat bestritten, dass sich der Gesundheitszustand des russischen Präsidenten Wladimir Putin verschlechtert. In einem Interview mit dem französischen Fernsehsender TF1 sagte er:

"Präsident Wladimir Putin erscheint jeden Tag in der Öffentlichkeit. Sie können ihn auf Bildschirmen sehen, seine Reden lesen und anhören. Ich glaube nicht, dass vernünftige Menschen bei diesem Mann Anzeichen für irgendeine Art von Krankheit erkennen können. Ich überlasse es dem Gewissen derjenigen, die solche Gerüchte verbreiten, entgegen der täglichen Möglichkeit zu sehen, wie jemand aussieht."

9:25 de.rt.com: **Heftige Explosion in Melitopol – mindestens drei Verletzte**

Am Montagmorgen gegen 7:40 Uhr Ortszeit ist es im Zentrum der Stadt Melitopol im Gebiet Saporoschje zu einer starken Explosion gekommen. Darüber berichtete der Vertreter des Hauptrates der Militär- und Zivilverwaltung der Region, Wladimir Rogow, via Telegram. Er fügte dem Post auch ein Bild bei, das in dicken Rauch gehüllte Gebäude in der Innenstadt zeigt.

Laut vorläufigen Angaben wurden mindestens drei Menschen bei der Explosion verletzt. Wie die Nachrichtenagentur RIA Nowosti unter Berufung auf eine Quelle in der Stadtverwaltung meldete, mussten zwei Personen ins Krankenhaus eingewiesen werden. Ihr Zustand wurde zunächst nicht näher präzisiert. Nach Angaben der Quelle soll im Stadtzentrum ein Auto mit ukrainischem Kennzeichen detoniert sein, das unweit des Gebäudes der Stadtverwaltung geparkt war.

Laut weiteren Informationen soll sich die Explosion während der Verteilung humanitärer Hilfe ereignet haben. Demnach handele es sich bei den Verletzten um freiwillige Helfer. Rogow bezeichnete den Vorfall als einen Terroranschlag und machte ukrainische Diversanten dafür verantwortlich. Er forderte, dass die Sicherheitsmaßnahmen zur Terrorismusbekämpfung in der Region verstärkt werden.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 30.5.22 um 10:30 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner mehr als 540 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie und 120mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **13 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge der ukrainischen Aggression **starben 4 Zivilisten und 20, darunter 2 Kinder, wurden verletzt.** 47

Wohnhäuser, 5 Fahrzeuge und 9 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über Verletzte friedliche Einwohner und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weitere Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern. Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 52 ukrainische Nationalisten, 3 Feuerstellungen von 122mm-Haubitzen D-30, 2 Panzer, 2 Schützenpanzerwagen und einen Lastwagen vernichtet. Ein 152mm-Artilleriegeschütz 2S3 „Akazija“ und ein Schützenpanzer wurden erbeutet.

9:50 de.rt.com: **Iranische Zeitung: Grund für Scheitern der westlichen Sanktionen gegen Russland ist das russische Zahlungssystem MIR**

Die westlichen Sanktionen gegen Russland haben wegen des russischen Zahlungssystems MIR nicht die erwartete Wirkung erzielt, schreibt die iranische Zeitung Resalat. Es wird darauf hingewiesen, dass Moskau im Voraus ein lokales System für den internationalen Zahlungsverkehr geschaffen und in Betrieb genommen hat. Das Blatt stellt fest:

"Russland war in der Lage, die Sperrung des Zugangs zu SWIFT durch den Westen in vollem Umfang zu bewältigen. Derartige Maßnahmen im Voraus zu unternehmen, war bisher niemandem gelungen. Der Westen hat diesen Faktor bei der Verhängung von Sanktionen offenbar überhaupt nicht berücksichtigt."

Nach Ansicht iranischer Analysten hat das Vorhandensein des russischen Zahlungssystems MIR die Folgen der Einstellung der Geschäftstätigkeit von Visa und MasterCard in dem Land gemildert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/62944bfab480cc61ba05282a.jpg>

10:03 de.rt.com: **Serbien sichert sich neuen Gasvertrag mit Russland**

Ende Mai läuft der Gasliefervertrag zwischen Russland und Serbien ab. Im Rahmen eines Telefongesprächs verhandelten die Präsidenten beider Länder eine neue Liefervereinbarung. Diese soll laut Belgrad für drei Jahre laufen und werde an den Ölpreis gekoppelt.

Serbiens Präsident Aleksandar Vučić erklärte am Sonntag, er habe in einem Telefongespräch mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin einen neuen dreijährigen Gasvertrag mit Moskau vereinbart.

Neben dem Gasvertrag hätten die beiden Präsidenten auch die Aussichten auf einen Ausbau der Gasspeicher in Serbien erörtert, so Vučić. Der Gaspreis werde an den Ölpreis gekoppelt, erklärte er, nannte aber keine weiteren Einzelheiten. Diese müssten mit dem staatlichen russischen Gaskonzern Gazprom geklärt werden.

Im Laufe des Tages gab Vučić seine Prognosen bezüglich des Gaspreises bekannt:

"Der Gaspreis wird sich zu 100 Prozent an der Ölformel orientieren, das heißt zwischen 310 und 408 US-Dollar pro tausend Kubikmeter Gas, das ist der Preis für 2,2 Milliarden Kubikmeter Gas – der überzeugendste Preis in Europa."

Moskau bestätigte, dass die Gasversorgung bei den Gesprächen zwischen Putin und Vučić besprochen worden war, nannte aber keine konkreten Einzelheiten. In einer Erklärung gab der Pressedienst des Kremls bekannt:

"Die beiden Staatsoberhäupter führten eine eingehende Diskussion über die bilaterale Agenda, einschließlich Maßnahmen zur Ausweitung der für beide Seiten vorteilhaften Handels- und Wirtschaftskooperation. Insbesondere einigten sie sich auf die fortgesetzte Bereitstellung ununterbrochener Erdgaslieferungen durch Russland an Serbien."

Belgrads aktueller Zehn-Jahres-Gasliefervertrag mit Gazprom läuft am 31. Mai ab.

Serbien unterhält bereits seit Jahren enge politische und wirtschaftliche Beziehungen zu Russland, doch wurden diese durch den Ende Februar eskalierten Konflikt zwischen Moskau und Kiew auf die Probe gestellt. Trotz des zunehmenden Drucks seitens der EU hat sich Belgrad geweigert, sich antirussischen Sanktionen anzuschließen, und unterhält weiterhin enge Beziehungen zu Moskau.

Diese Haltung bekräftigte Vučić auch Anfang der Woche auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos. Er bestätigte, dass Belgrad in erster Linie weiterhin seine "eigenen Interessen" verfolgen werde und betonte:

"Wer weiß, was für Bedrohungen auf uns zukommen werden, aber wie Sie sehen, sind 90 Tage vergangen und Serbien steht zu seiner Politik, als einziges Land in ganz Europa. Ein kleines Land mit einem zahlenmäßig kleinen, aber sehr stolzen Volk verfolgt seine eigene Politik – nicht pro-russisch, nicht pro-westlich, sondern selbstständig."

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 30.05.2022

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

40 Mann;

4 Schützenpanzerwagen;

7 Fahrzeuge.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt weiter zivile Infrastruktur frontnaher Ortschaften der LVR, die keinerlei Gefahr für den Gegner darstellt und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 22 Geschosse mit Artilleriegeschützen des Kalibers 122mm und Mörsern des Kalibers 120mm auf Perwomajsk und Molodjoshnoje abgefeuert.

Dabei wurde in Perwomajsk eine Wohnung in einem fünfstöckigen Wohnhaus in der Uliza Kujbyschewa zerstört und außerdem ein mehrstöckiges Haus in der Uliza Teatralnaja.

Um die Feueraktivität des Gegners auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, haben die Einheiten der Volksmiliz der LVR die **Positionen der BFU, von denen aus geschossen wurde, operativ ermittelt und vernichtet.**

Die Volksmiliz strebt danach, das Leben der ukrainischen Soldaten zu schützen und ruft dazu

auf, die Waffen niederzulegen, so setzen die Artillerieeinheiten der Volksmiliz die Maßnahmen fort, Agitationsflugblätter auf die Positionen der ukrainischen Streitkräfte abzuschießen.

Die Volksmiliz der LVR liefert gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen weiter humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien, außerdem evakuiert sie Zivilisten aus der Kampfzone.

So hat die Gesamtrussische Volksfront gemeinsam mit Einheiten der Volksmiliz der LVR Lebensmittelpakete für Einwohner von Bobrowo geliefert, außerdem haben Vertreter der Gesamtrussischen Volksfront mit Unterstützung der Volksmiliz der LVR mehr als 4 Tonnen Mehl nach Starobelsk und alles notwendige für das Backen von Brot an die Einwohner von Rubeshnoje geliefert.

10:15 de.rt.com: **Lawrow: Befreiung von DVR und LVR unbedingte Priorität für Russland**

Die Befreiung der von Russland anerkannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk bleibt für Moskau eine unbedingte Priorität, während die Bewohner anderer ukrainischer Gebiete ihr Schicksal selbst bestimmen müssen. Dies teilte der russische Außenminister Sergei Lawrow in einem Interview mit dem französischen TV-Sender TF1 mit. Er sagte:

"Die Befreiung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk, die von der Russischen Föderation als unabhängige Staaten anerkannt wurden, ist eine unbedingte Priorität. Was die anderen ukrainischen Gebiete betrifft, in denen die Militäroperation im Gange ist, so ist es Sache der Bewohner dieser Gebiete, über ihre Zukunft zu entscheiden."

Dies war Lawrows Antwort auf die Frage eines Journalisten, "ob die 'Schlacht um den Donbass' die letzte sein wird oder ob es nach dem Donbass weitere Schlachten geben wird". Der russische Chefdiplomat führte aus:

"Sie müssen selbst entscheiden, in welchem Umfeld sie weiterleben wollen: In dem von Präsident Selenskij geschaffenen, mit dem Verbot der russischen Bildung, der Medien, der Kultur, der Verwendung der russischen Sprache im Alltag, oder in einem anderen, in dem sie ihre Kinder so erziehen können, wie sie es wollen und nicht Selenskij und sein Team."

Der Minister bezeichnete es als offensichtliche Aufgabe, die ukrainische Armee und die Mitglieder neonazistischer Bataillone über die Grenzen von DVR und LVR hinaus zu schieben. Lawrow fügte hinzu:

"Für die übrigen Gebiete, in denen Menschen leben, die nicht mit Russland brechen wollen, wird die Entscheidung bei der Bevölkerung dieser Regionen liegen. Ich glaube nicht, dass sie gerne an die Macht eines Neonazi-Regimes zurückkehren, das seine völlige russophobe Natur bewiesen hat. Die Entscheidung liegt bei den Menschen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/62945ca6b480cc61e27e0ffb.jpg>

10:40 de.rt.com: **Moskau: Methode zur Begleichung russischer Staatsschulden dieselbe wie Zahlungsverkehr für Gas**

Russland wird die Zahlungen an die Inhaber russischer Eurobonds über einen Mechanismus abwickeln, der nach denselben Regeln funktioniert wie der Verkauf von Gas gegen Rubel. Das verkündete der russische Finanzminister Anton Siluanow in einem Gespräch mit der Zeitung Wedomosti.

Der Minister stellte klar, dass das System genauso funktioniert wie die Bezahlung von Gaslieferungen in die EU, nur "in umgekehrter Reihenfolge". Westliche Abwicklungsinfrastrukturen würden nicht benötigt, um Verpflichtungen gegenüber Investoren zu erfüllen, versicherte er. Siluanow erklärte:

"Wie läuft die Bezahlung von Gas in Rubel ab: Uns wird eine Auslandswährung gutgeschrieben, hier wird sie für uns in Rubel umgetauscht, und so erfolgt die Abrechnung. Der Mechanismus der Zahlungen für Eurobonds wird auf die gleiche Weise funktionieren, nur in umgekehrter Richtung."

Der Minister fügte hinzu, dass ein Käufer von Eurobonds zwei Konten bei einer russischen Bank eröffnen müsse, ein Fremdwährungskonto und ein Rubelkonto.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/629464e548fbef75790e90dc.jpg>

11:53 (10:53) novorosinform.org: **Poroschenko verließ die Ukraine im dritten Anlauf**
Der Vorsitzende von "Europäische Solidarität" reiste zum Gipfel der Parlamentarischen Versammlung der NATO.

Die „Ukrainskaja Prawda“ berichtete unter Berufung auf ihre Quelle in den Strafverfolgungsbehörden, dass es dem Ex-Präsidenten der Ukraine gelungen sei, das Land nach mehreren Versuchen, bei denen die Grenzschutzbeamten ihn nicht durchließen, zu verlassen.

Die Abreise des Politikers aus dem Land wurde von der Vertreterin der Werchowyna Rada Victoria Sjumara bestätigt. In ihrem Telegram-Kanal veröffentlichte sie einen Post, in dem sie die Tatsache bestätigte. Darauf, ob dies an der Parlamentarischen Versammlung der Nato lag, ging sie nicht näher ein, glaubt aber, dass die „Zivilgesellschaft“ dies ermöglicht habe.

Es sei darauf hingewiesen, dass Poroschenko in den vergangenen Tagen mehrmals erfolglos versucht hatte, die Ukraine zu verlassen. Derzeit ermitteln die ukrainischen Ermittler gegen den Politiker wegen Landesverrats und Terrorismusförderung im Fall von Kohlelieferungen aus dem Donbass, weshalb er sich persönlich verpflichtet habe, Kiew und die Kiewer Region

nicht ohne Erlaubnis des Ermittlers zu verlassen.



https://novorosinform.org/content/images/54/54/45454_720x405.jpg

11:25 de.rt.com: **Bauern im Gebiet Cherson verkaufen Getreide an Russland**

Der stellvertretende Leiter der militärisch-zivilen Verwaltung des von Russland kontrollierten Gebiets Cherson Kirill Stremousow hat der Nachrichtenagentur RIA Nowosti mitgeteilt, dass Bauern in der Region begonnen haben, Getreide an Russland zu verkaufen. Er erklärte: "Getreide wird verkauft, weil wir eine neue Ernte erwarten. Ab dem 20. Juni beginnt eine vollwertige Getreideernte im Gebiet Cherson."

Stremousow zufolge wird das Getreide zum Verkauf über die Krim transportiert. Der Verkauf hebe "die wirtschaftliche Prosperität" der Region an, so Stremousow.

11:45 de.rt.com: **Habeck: Einigkeit der EU über Russland-Sanktionen "bröckelt"**

Bundeswirtschaftsminister Habeck warnte am Sonntag vor einer schwindenden Geschlossenheit innerhalb der EU über weitere Sanktionen gegen Russland. Währenddessen beginnt am heutigen Montag ein EU-Sondergipfel, der das Ziel hat, ein Ölembargo gegen Moskau umzusetzen.

Der Zusammenhalt, den die Europäische Union zu Beginn der russischen Offensive in der Ukraine demonstriert habe, beginne zu bröckeln, sagte Wirtschaftsminister Robert Habeck am Sonntag bei einer Diskussionsveranstaltung zur Hannover-Messe:

"Es fängt schon wieder an zu bröseln und zu bröckeln".

Die Warnung kam im Vorfeld eines EU-Gipfels, der am heutigen Montag beginnt. Dort soll ein weiteres Sanktionspaket, unter anderem ein europäisches Ölembargo, gegen Moskau besprochen werden. Die EU hat allerdings Schwierigkeiten, sich auf ein Ölembargo zu einigen, da mehrere Länder kritisierten, diese Maßnahme könnte für ihre Volkswirtschaften fatal sein. Ungarn, das den größten Teil seines Öls aus Russland bezieht, gehört zu den striktesten Gegnern des Embargos. Ministerpräsident Viktor Orbán verglich die möglichen Folgen für sein Land mit einer "Atombombe". Ähnliche Bedenken hatten auch Tschechien und die Slowakei geäußert.

Anfang der Woche hatte EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen erklärt, warum die EU weiterhin russisches Öl kauft: "Wenn wir das Öl sofort vollständig abschneiden würden, könnte Putin das Öl, das er nicht an die EU verkauft, auf den Weltmarkt bringen, wo die Preise steigen werden, und es zu einem höheren Preis verkaufen – und das würde seine Kriegskassen füllen", sagte von der Leyen in einem Interview mit dem US-Nachrichtensender MSNBC. Die EU müsste diesbezüglich strategisch handeln.

Der ursprüngliche Vorschlag der EU-Kommission sah vor, den Import von russischem Rohöl in sechs Monaten und den von Ölprodukten in acht Monaten komplett zu beenden. Kurz vor dem Sondergipfel gab es einen weitreichenden Kompromissvorschlag. Doch auch dieser wird die gewünschte Wirkung wohl nicht erzielen. Nach Informationen der Deutschen Presse-

Agentur verhinderte die ungarische Regierung am Sonntag die Einigung auf einen neuen Kompromissvorschlag, indem sie ihre Zustimmung von finanziellen Zusagen der EU abhängig machte. Bei den geforderten Zusagen geht es nach Angaben aus EU-Kreisen vor allem um Mittel, die das Land für den mittelfristigen Umbau seiner Öl-Infrastruktur fordert.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62948cd948fbef5839261aed.jpg>

nachmittags:

12:10 de.rt.com: **Fünf Tote und 16 Verletzte beim Beschuss von Donezk**

Am Montag haben die ukrainischen Streitkräfte das Stadtzentrum von Donezk unter Beschuss genommen. Dem Bürgermeister Alexei Kulemsin zufolge trafen die Schüsse unter anderem zwei Schulen und ein Gymnasium. Bei dem Angriff kamen laut aktualisierten Informationen fünf Menschen, darunter ein 13-jähriges Kind, ums Leben, 16 weitere wurden verletzt. Dies teilte der territoriale Verteidigungsstab der Volksrepublik Donezk auf seinem Telegram-Kanal mit. Zunächst wurde von sechs Toten und 14 Verletzten berichtet.

Nach Angaben von Militärexperten des Gemeinsamen Zentrums für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstandsregimes soll die ukrainische Armee bei der Attacke Artillerie mit einem Kaliber von 155 Millimetern sowie zwei Raketen des Raketenwerfersystems vom Typ BM-30 Smertsch mit Streumunition eingesetzt haben. In einem Gespräch mit dem russischen TV-Sender Perwy Kanal schloss Kulemsin nicht aus, dass das Feuer mithilfe von schweren Waffen aus den jüngsten US-Lieferungen eröffnet wurde.

13:25 (12:25) novorosinform.org: **In der LVR entdeckten die Spezialeinheiten der russischen Garde einen Kommandoposten der ukrainischen Truppen**

In einer der Siedlungen der LVR entdeckte ein Trupp der Spezialeinheiten der Russischen Garde einen Kommandoposten der Streitkräfte der Ukraine mit Dokumenten und Waffen, die während des Rückzugs zurückgelassen wurden.

Die Soldaten fanden einen geschlossenen Keller in einem Privathaus der LVR, berichtete der Pressedienst der Behörde. Die Spezialeinheiten führten eine technische Aufklärung durch und inspizierten das Gelände, wobei festgestellt wurde, dass dies ein Kommandoposten der Streitkräfte der Ukraine war, den sie während der Offensive des russischen Militärs verlassen hatten.

Im Kommandoposten wurden Notizbücher mit Informationen über die Aktivitäten der ukrainischen Truppen und topografische Karten der Ukraine gefunden. Außerdem wurden dort mehr als 3500 Patronen verschiedener Kaliber, ausländische Granatwerfer und Uniformen der Streitkräfte der Ukraine gefunden.



https://novorosinform.org/content/images/54/63/45463_720x405.jpg

12:26 de.rt.com: **Ampelkoalition und Union einigen sich auf Grundzüge für massiven Aufrüstungsplan**

Nach wochenlangen zähen Verhandlungen räumen die Bundesregierung und die Oppositionsparteien CDU/CSU ihre Differenzen über das 100-Milliarden-Sondervermögen für die Bundeswehr aus. Noch vor der Sommerpause sollen nun Taten folgen – unter anderem die Beschaffung von Waffen.

Nach der Einigung von Union und Koalition auf Grundzüge des geplanten 100-Milliarden-Euro-Sondervermögens für die Bundeswehr sollen bald Rüstungsgüter im großen Stil bestellt werden. "Es wird unverzüglich und noch vor der parlamentarischen Sommerpause eine Initiative zur Beschleunigung der Beschaffung auf den Weg gebracht", teilten Vertreterinnen und Vertreter von SPD, Grünen, FDP, CDU und CSU am Sonntagabend nach mehr als dreistündigen Verhandlungen in einer gemeinsamen Erklärung mit.

Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP), in dessen Ministerium die Verhandlungen geführt worden waren, sagte gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa), dass aus seiner Sicht zwei Ziele erreicht worden seien. "Erstens stärken wir die Bundeswehr in einem einmaligen finanziellen Kraftakt", so Lindner. "Zweitens stellen wir solide Staatsfinanzen sicher, indem die Schuldenbremse des Grundgesetzes erhalten bleibt." Durch die Verankerung in der Verfassung werde der "besondere Ausnahmecharakter" für die Bundeswehr betont. Das sei zur Bekämpfung der Inflation wichtig.

Auch die Union im Bundestag begrüßte die Einigung. "Die 100 Milliarden fließen vollständig in die Bundeswehr. Das ist aus unserer Sicht der Kernpunkt", sagte Unions-Haushälter Mathias Middelberg der dpa.

Bundeschancellor Olaf Scholz (SPD) hatte das Sondervermögen und die Einhaltung des sogenannten Zwei-Prozent-Ziels am 27. Februar als Reaktion auf die militärische Eskalation in der Ukraine angekündigt. Das Sondervermögen soll im Grundgesetz verankert werden, weil dafür an der Schuldenbremse vorbei Kredite aufgenommen werden sollen. Deshalb ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat erforderlich - und somit ein Mitwirken von Teilen der Opposition.

Sondervermögen ausschließlich für Bundeswehr

"Wir stellen gemeinsam sicher, dass die Bundeswehr in den kommenden Jahren mit 100 Milliarden Euro zusätzlicher Investitionen gestärkt wird", stellten die Verhandlerinnen und Verhandler klar. Dabei werde das sogenannte Zwei-Prozent-Ziel der Nato "im mehrjährigen Durchschnitt" erreicht. Dieses Ziel besagt, dass zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Verteidigung ausgegeben werden soll. Es soll der Vereinbarung zufolge aber nicht jedes Jahr aufs Neue exakt eingehalten werden müssen.

Beim Streitpunkt der Verwendung des Geldes wurde nun zwar vereinbart, dass auch Maßnahmen zur Cybersicherheit, für den Zivilschutz sowie zur Stabilisierung von Partnerländern ergriffen werden - aber "aus dem Bundeshaushalt finanziert", also nicht aus dem Sondervermögen. Die Union hatte darauf gepocht, dass das Sondervermögen ausschließlich für die Bundeswehr verwendet wird. Vor allem die Grünen wollten, dass mit dem Geld auch Cyberabwehr sowie Unterstützung für Partnerstaaten finanziert wird. Mit dem geplanten Gesetz zur Errichtung des Sondervermögens soll auch ein Wirtschaftsplan mit den konkreten Beschaffungsvorhaben beschlossen werden, vereinbarten Union und Koalition weiter. "Seine Realisierung wird von einem beratenden Gremium des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages begleitet."

Weiter sieht die Vereinbarung vor: "Nachdem das Sondervermögen in Anspruch genommen wurde, werden weiter die erforderlichen Mittel zur Erreichung der dann gültigen Nato-Fähigkeitsziele bereitgestellt." Nach der Inanspruchnahme beginne auch die Tilgung "innerhalb eines angemessenen Zeitraums".



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62949659b480cc4e8b36811a.jpg>

12:55 de.rt.com: **Russlands Verteidigungsministerium meldet Vernichtung von 15 ukrainischen Panzerfahrzeugen**

In seinem Pressebericht hat der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Igor Konaschenkow angegeben, dass bei einem Luftschlag in der Stadt Nikolajew über 15 ukrainische Panzer und Schützenpanzer vernichtet worden seien. Die Fahrzeuge waren laut Konaschenkow auf dem Gelände einer Schiffswerft stationiert. Insgesamt sollen Russlands Luftstreitkräfte am vergangenen Tag bis zu 320 Nationalisten und 47 Kriegsgeräte vernichtet haben.

Weitere 46 Kriegsgeräte, darunter vier Mehrfachraketenwerfer vom Typ [BM-21](#), seien durch Artillerie- und Raketenschläge vernichtet worden. Die Luftabwehr habe 15 ukrainische Drohnen und neun Projektile vom Typ [9M55](#) abgefangen.

14:02 (13:02) novorosinform.org: **In Russland wird es eine Erhöhung einiger Sozialleistungen geben**

Der russische Ministerpräsident Michail Mischustin unterzeichnete ein Dekret zur Anhebung von Mindestlöhnen und Renten um zehn Prozent.

Das Budget sehe mehr als 500 Milliarden Rubel zur Unterstützung russischer Bürger vor. Mischustin erklärte dies bei einem Treffen mit den stellvertretenden Ministerpräsidenten, schreibt RIA Novosti.

Der russische Regierungschef sagte, dass nicht arbeitende Rentner im Durchschnitt mehr als 19.000 Rubel im Monat erhalten werden. Der Mindestlohn wird mehr als 15.200 Rubel betragen. Außerdem werden die monatlichen Freibeträge für ein Kind bis zu drei Jahren und für Kinder von drei bis 17 Jahren aus einkommensschwachen Familien erhöht.

Der Vorschlag zur Erhöhung der Sozialleistungen kam zuvor vom russischen Präsidenten

Wladimir Putin.



https://novorosinform.org/content/images/54/66/45466_720x405.jpg

13:15 de.rt.com: **Verstärkte Sicherheitsmaßnahmen an Grenze des Gebiets Kursk**

Der an die Ukraine grenzende Abschnitt des russischen Gebiets Kursk wird durch zusätzliche Artillerie und Soldaten verstärkt. Dies meldete nach Angaben von RIA Nowosti der Gouverneur der Region Roman Starowojt während einer Sondersitzung. Er verkündete: "Das Verteidigungsministerium hat zusätzliche Maßnahmen ergriffen. Waffen in Form von Artilleriegeschützen und Raketenwerfern sind bereits in unserer Region eingetroffen und werden noch eintreffen. Alles dient dazu, die Sicherheit der Bewohner unserer Region zu gewährleisten."

Das Gebiet Kursk hatte bereits mehrere Angriffe durch ukrainische Streitkräfte erlitten. So starb etwa am 19. Mai ein Mann beim Beschuss der Ortschaft Tjotkino, eine weitere Person wurde mit schweren Verwundungen hospitalisiert. Am 24. Mai verlängerte der Gouverneur die bis dahin bereits bestehende hohe "gelbe" Terrorwarnstufe bis zum 8. Juni.

14:18 (13:18) novorosinform.org: **In Charkow wurde eine neue Unterabteilung von „Asow“ gebildet**

Die ukrainischen Behörden gaben die Wiederbelebung der Asowschen Gruppierung in Charkow bekannt.

Anatolij Sidorenko wurde zum neuen Kommandeur des nationalistischen Bataillons ernannt. Darüber berichtet die Publikation "Moskowskij Komsomolez".

Es wird darauf hingewiesen, dass die Militanten bereits begonnen hätten, Kampfeinsätze in der Region Charkow durchzuführen.

In Mariupol wurde die ehemalige Neonazi-Gruppe „Asow“ vernichtet. Die meisten Kämpfer ergaben sich den russischen Truppen auf dem Territorium des Asowstal-Werks.



https://novorosinform.org/content/images/54/68/45468_720x405.jpg

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Zum Stand am 30. Mai 2022 hat die Truppengruppierung der DVR und der LVR mit Feuerunterstützung der Streitkräfte der RF 222 Ortschaften, einschließlich Dibrowa und Staryj Karawan, befreit und die vollständige Kontrolle über sie hergestellt.

Unsere Truppen dringen mit Kämpfen in Richtung Slawjansk vor.

13:25 de.rt.com: **Baerbock begrüßt Einigung zu Sondervermögen: "Russland darf Krieg auf gar keinen Fall gewinnen"**

Außenministerin Baerbock hat die Entscheidung der Ampel-Koalition und der Union zum 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für die Bundeswehr begrüßt. Sie mahnt jedoch "massive Lücken" bei der Wehrhaftigkeit an. Russland dürfe außerdem "auf gar keinen Fall diesen Krieg gewinnen".

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock begrüßte die Einigung zwischen den Regierungs- und den Unionsparteien, die am Sonntagabend beschlossen haben, eine gemeinsame Grundgesetzänderung für den 100 Milliarden Euro schweren Bundeswehr-Sonderfonds auf den Weg zu bringen. Gegenüber dem Deutschlandfunk sagte die Außenministerin: "Es ist ein guter Kompromiss, wo wir dafür sorgen, dass sich die NATO auf uns verlassen kann."

Deutschland müsse jedoch aktuell aufgrund einer "komplett geänderten europäischen Friedensordnung, wo wir erstmal auch wieder von Bedrohung sprechen", eine "andere Verantwortung wahrnehmen", sagte Baerbock im Interview mit dem Deutschlandfunk. Die Einigung zur massiven Aufstockung des Bundeswehr-Sonderfonds begründete sie mit den Worten:

"Wir können in dieser furchtbaren Situation nur gemeinsam als Europäer, nur zusammen als NATO-Partner und auch nur gemeinsam in der Bundesrepublik Deutschland dafür sorgen, dass wir wehrhaftig sind und vor allen Dingen, dass wir gegenüber unseren östlichen Partner deutlich machen – wir verteidigen jeden Zipfel unseres gemeinsamen Bündnisgebiets und ja, da müssen sich unsere Partner auf uns verlassen können."

"Wir haben jetzt ein Gesamtpaket geschnürt, wo wir schnell unsere Verpflichtung in der NATO erfüllen können", erklärte die Grünen-Politikerin. Auf die Frage, ob sie wolle, dass die Ukraine den Krieg gewinnt, antwortete sie:

"Russland darf diesen Krieg auf gar keinen Fall gewinnen."

Dazu "braucht es eine strategische Niederlage Russlands", damit die Ukraine "wieder frei über ihr Land entscheiden" könne.

Noch vor der parlamentarischen Sommerpause werde "eine Initiative zur Beschleunigung der gesetzlichen Grundlagen für das geplante Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro

für die Bundeswehr auf den Weg gebracht", teilten Vertreterinnen und Vertreter von SPD, Grünen, FDP, CDU und CSU nach mehr als dreistündigen Verhandlungen in einer gemeinsamen Erklärung am Sonntagabend mit.

Die Investitionen dürfen laut ersten Verlautbarungen nur für die Streitkräfte ausgegeben werden. Auf die Einigung im Interview angesprochen, erklärte Baerbock zum Thema Cyberabwehr, dass in den letzten Wochen festgestellt worden sei, "dass wir mit Blick auf die Wehrhaftigkeit und vor allen Dingen unsere Bündnisfähigkeit (...) massive Lücken haben". Der Bereich Cyberabwehr werde im "Ertüchtigungsgesetz verankert" und gefördert. Die Außenministerin erläuterte:

"Zugleich haben wir die Cyber-Abwehrfähigkeit im Ertüchtigungsgesetz verankert, in dem wir deutlich machen, es geht nur Sicherheit Hand in Hand, die Bundeswehr so fit zu machen, dass wir unsere östlichen Partner auch im Baltikum und an anderen Orten unterstützen können und nicht nur versprechen und zugleich eine Cyber-Abwehrstrategie auf den Weg zu bringen, weil das ist ein hybrider Krieg und deswegen müssen wir hier in diesem Bereich massiv nachlegen, und das werden wir auf Grundlage eines gemeinsamen Konzeptes tun, was wir im Rahmen der nationalen Sicherheitsstrategie erarbeiten und dafür natürlich auch Geldmittel, und zwar in größerer Summe, zur Verfügung stellen."

Baerbock betonte abschließend, dass die Abgeordneten der unterschiedlichen Parteien gemeinsam dafür "werben" würden, dass die Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit gestärkt werde, "die Lücken bei der Bundeswehr, die massiv sind, so (zu) schließen, dass die Soldaten und Soldatinnen sicher in den Einsatz gehen können".



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/629473efb480cc073070a84e.jpg>

14:34 (13:34) novorosinform.org: **Gegenangriff der BFU in der Nähe von Lisitschansk fehlgeschlagen – WarGonzo**

Der Kriegsberichterstatter Semjon Pegow berichtete, dass ukrainische Kämpfer einen erfolglosen Versuch eines Gegenangriffs in der Nähe der Stadt Lisitschansk unternommen hätten.

Der Vorfall ereignete sich in der letzten Nacht. Pegow schrieb darüber in seinem Telegram-Kanal.

Der Korrespondent erklärte, dass ihm von Quellen an der Frontlinie in der LVR von einem erfolglosen Versuch eines Gegenangriffs auf das russische Militär berichtet wurde. Pegow versprach, Details des Vorfalls zu veröffentlichen.

Er berichtete auch, dass die Achmat-Spezialeinheiten ihre Offensive in Sewerodonezk fortsetzten. Gleichzeitig beschossen ukrainische Kämpfer, die sich auf einem Hügel bei Lisitschansk zurückziehen, aktiv die Stadt.

13:40 de.rt.com: **Polen beendet kostenlose Treibstofflieferungen an die Ukraine**

Brennstoff aus Polen wird künftig nur noch kostenpflichtig an die Ukraine gepumpt. Während das Land den Kraftstoff zu Beginn der russischen militärischen Sonderoperation in der

Ukraine kostenlos an Kiew abgegeben habe, würden die Lieferungen fortan auf kommerzieller Basis vom polnischen Konzern PKN Orlen absolviert, erklärte die polnische Klima- und Umweltministerin Anna Moskwa im Interview mit der Online-Zeitung BiznesAlert. Die Ministerin sagte ferner:

"Wir führen sie regelmäßig durch, um den polnischen Markt vorrangig zu beliefern. Die Kraftstoffunternehmen in der Ukraine kommen damit zurecht. Unsere Lieferungen sind eine Reaktion auf die Krisensituation, aber dieser Sektor ist gut organisiert, so dass es dort ein Marktpotenzial gibt."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6294a1dd48fbef7b437cd7d7.jpg>

14:53 (13:53) nocosinform.org: **Selenskij ignorierte die Warnung des MI6 über die Einkreisung der Streitkräfte der Ukraine in Sewerodonezk**

Der Präsident der Ukraine misst dem Bericht des britischen Geheimdienstes über die Gefahr der Einkreisung der ukrainischen Gruppe in Sewerodonezk und Lisitschansk keine Bedeutung bei.

Ukrainische Truppen befanden sich im Ballungsraum Lisitschansk-Sewerodonezk in einer kritischen Lage. Diese Situation entstand aufgrund der Ignoranz der ukrainischen Führung gegenüber MI6-Berichten über eine ernsthafte Gefahr der Einkreisung in dieser Region. Das berichtet die Publikation „Military Review“.

Gegenwärtig kämpfen in der Stadt Sewerodonezk die verbündeten Einheiten der Streitkräfte der Russischen Föderation und die Volksmiliz der LVR. Die Stadt wurde in eine operative Einkreisung gebracht, die Wege für den Rückzug der Streitkräfte der Ukraine wurden abgeschnitten.



https://novorosinform.org/content/images/54/71/45471_720x405.jpg

14:00 de.rt.com: **Kindergarten und Gasleitung in Stadt Gorlowka beschädigt**

Der Bürgermeister der Stadt Gorlowka in der Volksrepublik Donezk Iwan Prichodko hat in seinem [Telegram-Kanal](#) eine Warnung veröffentlicht, wonach ukrainische Streitkräfte die Stadt "weiterhin unter chaotischen Beschuss nehmen". So sei eine Granate in der Nähe eines Kindergartens explodiert, dabei sei das Gebäude beschädigt worden.

In anderen Stadtbezirken wurden Prichodko zufolge eine Gasleitung sowie eine Transformatorunterstation beschädigt. Letzteres führte zu einem teilweisen Stromausfall. Prichodko rief die Stadtbewohner dazu auf, in den Schutzräumen zu bleiben.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/CVzOljpg7Cf8xhJ-HUrYhCwWCsV7xaztWIENGHhC1y8_mk15CicxwgpmLR9XPVBSQJYQtBFkycliW-8dbyJCwA-H-HLPKA_14yM0Gs9foGQYuWuuthuaOUutdMRCZYsm2OSLsZhjpLEA8ENDLHe-Vwoze3PqK-rjD0lC4oSKTV3dMBGQDa9RlxGssl_DEC7BYpvQlj20HzLVRBllVdLU-YgCsPoLTy6umxqFFzB6t1liUq6F3LpmtC4ckTNF_L2vsAJvkYRp0ddRISzxk7-2VoMnf3OI3VPDdfuaNSBi6jwoaq3vuCEJ9YMSLKpoyj2DeEihUWlwsI3dSVeg4eScA.jpg

14:07 de.rt.com: **Globale Lebensmittelkrise: Nach Getreide bald auch Zucker knapp – und teuer**

Die Zuckerpreise steigen rasant. Einige wichtige Erzeugerländer erlassen bereits Exportbeschränkungen. Damit wäre nach Getreide ein zweites Grundnahrungsmittel von der sich anbahnenden Lebensmittelkrise erfasst.

Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie, die die globalen Versorgungsketten ernsthaft beeinträchtigt haben, wurden nun durch die Krise in der Ukraine und die daraufhin gegen Russland verhängten Sanktionen zusätzlich verschärft. Der die beiden wichtigsten Getreideexporteure betreffende Konflikt hat die weltweite Versorgung vor allem mit Weizen empfindlich gestört.

Nun hat eine Reihe von Ländern die Ausfuhr auch anderer wichtiger Rohstoffe eingeschränkt. Dies gefährdet die [weltweite Ernährungssicherheit](#) und birgt die Gefahr eines weiteren [Anstiegs der Preise](#) für zahlreiche wichtige Landwirtschaftserzeugnisse.

Am Montag verhängte Kasachstan ein sechsmonatiges Ausfuhrverbot für Weiß- und Rohrzucker. Berichten zufolge erwägt auch Indien zum ersten Mal seit sechs Jahren, Beschränkungen für Zuckerausfuhren. Dies soll einen Anstieg der Preise auf dem Inlandsmarkt verhindern. Es wird befürchtet, dass vom indischen Ausfuhrverbot etwa 10 Millionen Tonnen der Zuckerexporte dieser Saison betroffen sein werden. Anfang dieses Monats verhängte auch das benachbarte Pakistan ein vollständiges Verbot von Zuckerexporten. Begründet wird dies mit großer Besorgnis über die Inflation. Russland hatte bereits im März die Zuckerausfuhr bis Ende August verboten.

Zucker knapper – weil Treibstoffalkohol gewinnbringender

Daneben schlagen sich die global hohen Preise für Energieträger nicht nur in Form der Dieselpreise auf die Landwirtschaft, sondern auch auf kuriose Weise über die Treibstoffnachfrage auf die Preise für Zucker nieder. Vergangene Woche berichtete Reuters, dass Zuckerrohrmühen in Brasilien, dem weltweit größten Produzenten und Exporteur von Zucker, massenhaft Zucker-Exportverträge kündigen. Stattdessen sattelt man unter dem Zuckerhut auf die Erzeugung von Treibstoffalkohol in Form von Bioethanol um, um von den hohen Energiepreisen zu profitieren. Die hiervon betroffenen Ausfuhrstornierungen könnten geschätzt bis zu 400.000 Tonnen Rohzucker betreffen. Darin Friedrichs, Gründer und Leiter der Marktforschung bei Sitonia Consulting, einem in Shanghai ansässigen Unternehmen für Rohstoffanalysen, kommentierte dies gegenüber der Zeitung South China Morning Post wie folgt:

"Bei Zucker ist es für brasilianische Mühlen relativ einfach, die Produktion auf Ethanol umzustellen, wenn dies wirtschaftlich sinnvoll ist – und das kann die Preispegel der globalen Zuckermärkte nach oben treiben. Und insbesondere zumal sowohl die Lebensmittel- als auch die Energiepreise steigen, rückt die Verwendung von Lebensmitteln zur Kraftstoffherstellung stärker in den Mittelpunkt."

Anfang der Woche warnte die Chefin des Internationalen Währungsfonds Kristalina Georgieva, dass die Weltwirtschaft vor der "größten Prüfung seit dem Zweiten Weltkrieg" stehe. UN-Generalsekretär António Guterres erklärte, die Zahl der Hungernden habe weltweit "einen neuen Höchststand erreicht". Die Zahl der Menschen, die von schwerer Ernährungsunsicherheit betroffen sind, hat sich in nur zwei Jahren verdoppelt: Von 135 Millionen vor der Pandemie stieg sie auf aktuell 276 Millionen.

Dong Xiaoqiang, der kaufmännische Leiter von AB Sugar China, gab zwar sehr vorsichtige Entwarnung, denn trotz zunehmender Besorgnis rechne er nicht mit einer weltweiten Zuckerknappheit in diesem Jahr. Der Grund für steigende Preise für viele Lebensmittel sei vielmehr in der Psychologie der Käufer zu suchen, da diese die Nachfrage mitbestimmen.

Dong deutete an:

"Was in jüngster Zeit passiert ist, ist eher ein Ausdruck emotionaler Spannungen in Bezug auf die Versorgung mit Lebensmitteln einschließlich Zucker. Bei den meisten Ländern, die Exportverbote angekündigt haben, handelt es sich um kleine Zuckerproduzenten mit einem eng einzuhaltenden Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage. Und in Brasilien sind nicht allzu viele Verträge gekündigt worden."

Dennoch sagt der Geschäftsleiter des chinesischen Zuckerkonzerns voraus, dass die Preise für Zucker weiterhin steigen werden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6294860c48fbef5839261ae3.jpg>

Die Bürger Moskaus dürfen entscheiden, ob ein bislang unbenannter Platz vor dem Gebäudekomplex der US-Botschaft den Namen eines Volkswehr-Helden aus der Donezker Volksrepublik tragen soll, meldet die Nachrichtenagentur TASS. Der Ort befindet sich im Presnenski-Bezirk an der Kreuzung der Bolschoi-Devjatinski-Gasse und der Konjuschkowskaja-Straße.

"Die Moskauer haben die Möglichkeit, eine Antwort aus mehreren Optionen zu wählen: Platz der Verteidiger des Donbass, Platz der Volksrepublik Donezk (in diesem Fall wird zusätzlich ein Platz oder eine Straße ausgewählt, die nach der Volksrepublik Lugansk benannt wird), Platz des Helden Russlands Wladimir Schoga", heißt es in der Mitteilung.

Wladimir Schoga war Kommandeur der Spezial-Einheit "Sparta" der Donezker Volkswehr. Er starb am 5. März in der damals umkämpften Stadt Wolnowacha in der Donezker Volksrepublik durch ukrainischen Beschuss während einer Evakuierungsaktion für Zivilisten. Am nächsten Tag wurde er durch einen Erlass des russischen Präsidenten zum Helden Russlands ernannt.



https://pbs.twimg.com/media/FTxf_LIWIAEKTvu?format=jpg&name=small

Laut Stepan Orlow, dem stellvertretendem Vorsitzenden der Moskauer Stadtduma, hätten die Moskauer Bürger und öffentliche Verbände die Behörden wiederholt darum gebeten, die Heldentaten der Bewohner der Volksrepubliken Donezk und Lugansk auf den Moskauer Straßen zu verewigen.

Die Straßen in den Städten Wolnowacha, Rostow am Don und Wolschski tragen bereits den Namen des Volkswehr-Kommandeurs.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/629493d148fbef01da7178d4.jpg>
g

15:37 (14:37) novorosinform.org: **Das Innenministerium der Ukraine hat vorgeschlagen, Wehrpflichtige gegen Geld aus dem Land zu entlassen**

Der Berater des Innenministers der Ukraine Viktor Andrusiw sagte, dass Männer, die ins Ausland reisen möchten, eine „Versicherungsgebühr“ in Höhe von 3-5 Tausend Dollar zahlen müssten.

Laut dem Beamten schade ein vollständiges Ausreiseverbot für Männer nur dem Staat, und legalisierte Bestechungsgelder könnten helfen, den Staatshaushalt zu füllen.

Andrusiw erinnerte auch daran, dass es die Gelder der Gastarbeiter waren, die die ukrainische Wirtschaft viele Jahre lang gerettet haben, daher sollte die Regierung der Ukraine Möglichkeiten für die legale Ausreise von Männern zur Arbeit finden.

„Ich schlage vor, eine Versicherungsprämie zu zahlen, zum Beispiel 3-5 Tausend Dollar, und freie Fahrt für denjenigen, der es verdient hat“, zitierte „RBK-Ukraina“ den Berater des Innenministers.



https://novorosinform.org/content/images/54/75/45475_720x405.jpg

14:45 de.rt.com: **Leiter der ukrainischen Militärverwaltung des Gebiets Donezk nennt Lage im Donbass äußerst schwierig**

Pawel Kirilenko, das Oberhaupt der von Kiew eingesetzten militärischen Verwaltung des Gebiets Donezk, hat in einem Interview an das Fernsehkanal Ukraina 24 erklärt, dass die Lage der ukrainischen Streitkräfte in der Region "äußerst schwierig" sei. Er führte aus: "Insgesamt ist die Lage schwierig, der Beschuss entlang der Frontlinie hört nicht auf."

Als Hauptvorstoßrichtungen der russischen Streitkräfte nannte Kirilenko die Städte Awdejewka und Liman. Die Straße Bachmut-Lisitschansk, mit deren Hilfe die ukrainischen Truppen versorgt werden, bleibe laut Kirilenko noch unter ukrainischer Kontrolle, werde aber von russischen Streitkräften beschossen.

14:58 de.rt.com: **Nach verweigerter Ausreise: Ex-Präsident Poroschenko wendet sich an Selenskij**

Vergangene Woche wurde der ehemalige ukrainische Präsidenten Poroschenko am Verlassen des Landes gehindert. Eigenen Angaben zufolge wollte er nach Litauen und in die Niederlande reisen. Am Montag wandte er sich an Selenskij mit der Bitte, ihm die Ausreise zu erlauben.

Der ehemalige ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat sich am Montag an den derzeitigen Amtsinhaber Wladimir Selenskij mit der Bitte [gewandt](#), ihm die Ausreise ins Ausland zu gewähren. Zuvor sei ihm der Grenzübertritt zu einer Tagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO in Wilnius, Litauen, verweigert worden. Auf

Telegram schrieb Poroschenko: "Nachdem meine Reise im Rahmen einer offiziellen parlamentarischen Delegation zur Parlamentarischen Versammlung der NATO, wo ich beabsichtigt hatte, den Aktionsplan zur Mitgliedschaft der Ukraine auf dem diesjährigen Bündnisgipfel zu verteidigen, völlig rechtswidrig geplatzt ist, hoffe ich, dass Schlussfolgerungen gezogen wurden und mich niemand daran hindern wird, nach Rotterdam zu reisen."

In Rotterdam habe er nach eigenen Angaben vor, an einem Kongress der Europäischen Volkspartei teilzunehmen. Für seine Ausreise habe er eine offizielle Einladung sowie eine gültige Reisegenehmigung des Parlaments. Außerdem seien Treffen mit führenden EU-Politikern geplant.

Vergangene Woche hatte Poroschenko zweimal versucht, die Grenze nach Polen zu überqueren, wie ukrainische Medien unter Berufung auf den staatlichen Zolldienst berichteten. Er sei am Freitagabend in einem Geländewagen an einem Grenzübergang westlich von Lemberg aufgetaucht. Berichten zufolge wollten die Mitarbeiter des Zolldienstes nicht die Verantwortung für die Entscheidung übernehmen, ob sie ihn aus dem Land lassen. Fotos in den sozialen Medien zeigten eine Person, die Poroschenko ähnlich sah, im Gespräch mit mehreren Zollbeamten.

Im Dezember 2021 hatte die derzeitige Regierung gegen den Vorgänger Selenskijs Anklage wegen Hochverrats erhoben. Als dies bekannt wurde, reiste der 56-Jährige in die Türkei, kehrte Anfang dieses Jahres aber wieder demonstrativ nach Kiew zurück. Das Gericht sprach sich gegen seine Festnahme aus, verpflichtete ihn aber, seinen Reisepass abzugeben und nach Aufforderung bei Gericht zu erscheinen.

Der von Skandalen umwitterte Politiker hatte von 2014 bis 2019 als Präsident amtiert und seine Wiederwahl im Jahr 2019 nach einem Erdrutschsieg für Selenskiy verloren.

Aktualisierung: Wie die Zeitung Ukrainskaja Prawda am Montagmittag unter Berufung auf Strafverfolgungsbehörden berichtete, ist es Poroschenko nun gelungen, die Grenze nach Polen zu überqueren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62947eadb480cc4f6c121e98.jpg>
Petro Poroschenko am 5. April vor einem zerstörten Gebäude in Tschernigow

15:00 de.rt.com: **Justizminister: 2.300 Gefangene von Asow-Stahl in DVR untergebracht**

Dem Justizminister der DVR Juri Sirowatko zufolge halten sich zurzeit etwa 2.300 Kriegsgefangene aus dem Asow-Stahl-Werk auf dem Gebiet der Volksrepublik auf. Wie er gegenüber dem russischen Sender Rossija 1 erklärte, werden sie wie normale Kriegsgefangene behandelt und von Ermittlern verhört.

Wenngleich für die Verbrechen, die denen der ukrainischen Kämpfer vom Mariupoler Hüttenwerk ähneln, in der DVR eine Todesstrafe angedroht sei, werde das Strafmaß für die Gefangenen von einem Gericht entschieden, fügte Sirowatko hinzu.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6294b64548fbef792022ac37.jpg>

16:27 (15:27) novorosinform.org: **In der Ukraine drohte man, die Häfen mit militärischen Mitteln freizugeben**

Der stellvertretende Ernährungsminister der Ukraine Taras Wysozkij sagte, dass es möglich sei, den Export von Getreide durch blockierte Häfen mit Hilfe von Militärkonvois oder durch den Einsatz von Schiffsabwehrgeschützen sicherzustellen.

Wysozkij glaubt, dass, wenn die Ukraine mit einer großen Anzahl von Schiffsabwehrwaffen ausgestattet würde, die anschließend auf dem Territorium des Landes platziert werden, dies sicherstellen könnte, dass die russische Flotte ausgeschaltet wird. Laut dem hochrangigen Beamten seien russische Schiffe der Grund für die Blockierung der ukrainischen Häfen.

Darüber sprach er in einem Interview auf dem Sender ICTV.

Das russische Außenministerium hat seinerseits wiederholt erklärt, dass die Probleme mit dem Getreideexport in die Ukraine nicht durch die Schuld Russlands, sondern durch die von den Streitkräften der Ukraine verminten Seehäfen entstanden seien.



https://novorosinform.org/content/images/54/80/45480_720x405.jpg

15:30 de.rt.com: **Polens Grenzschutz zählt 3,7 Millionen Einreisen aus der Ukraine – knapp die Hälfte kehrt wieder zurück**

Seit der Eskalation des bewaffneten Konflikts in der Ukraine hat der polnische Grenzschutz 3,7 Millionen Einreisen aus dem östlichen Nachbarland registriert. Allein am Sonntag kamen 21.700 Menschen über die Grenze nach Polen, wie die Behörde am Montag per Twitter

mitteilte.

Von Polen aus reisten am Sonntag 28.600 Menschen in die Ukraine ein. Insgesamt haben seit Beginn der russischen militärischen Sonderoperation in der Ukraine am 24. Februar knapp 1,7 Millionen Menschen Polen in Richtung der Ukraine wieder verlassen. Dabei handelte es sich nach Angaben der Behörden zum Großteil um ukrainische Staatsbürger.

Es wurden vorerst keine offiziellen Angaben dazu vorgelegt, wie viele der Kriegsflüchtlinge in Polen geblieben und wie viele in andere EU-Staaten weitergereist sind.

Das polnische Bildungsministerium schätzt, dass mit Beginn des kommenden Schuljahres am 1. September bis zu 400.000 Mädchen und Jungen aus der Ukraine den Unterricht an polnischen Schulen aufnehmen werden. Derzeit lernen laut Vize-Bildungsminister Tomasz Rzymkowski 195.000 Schüler aus dem Nachbarland an polnischen Schulen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6294a8cf48fbef01da7178f0.jpg>

16:00 de.rt.com: **Ombudsfrau der DVR wirft Ukraine Taktik der verbrannten Erde vor**

Die Ombudsfrau der Donezker Volksrepublik Darja Morosowa hat in einem auf Telegram veröffentlichten Beitrag den ukrainischen Streitkräften die Anwendung der Taktik der verbrannten Erde vorgeworfen. Dies sei an der jüngsten erheblichen Zunahme des Beschusses von Wohngebieten deutlich geworden:

"Ukrainische Militante nehmen faktisch rund um die Uhr die Wohngebiete von Städten und Ortschaften der DVR unter massiven wahllosen Beschuss. Dabei stehen auch Hinterlandgebiete unter Risiko, wo die Lage selbst in den Jahren 2014 bis 2015 ruhig war."

Laut Morosowa starben in den vergangenen zwei Tagen mindestens sieben Menschen durch ukrainischen Beschuss, 38 weitere Personen erlitten Verletzungen. Ukrainische Artillerieangriffe seien Kriegsverbrechen, die von Kiew in einem Zustand der Agonie begangen werden. Morosowa betonte:

"Objektive Gründe für Anschläge auf Schulen, Krankenhäuser, Kindergärten und Wohnhäuser gibt es nicht und kann es nicht geben."

Die fehlende Verurteilung der Angriffe durch die Weltgemeinschaft sei Morosowa zufolge "ein absoluter Beweis für den Verfall des internationalen humanitären Rechts". Dennoch gab sich die Ombudsfrau zuversichtlich, dass die in den vergangenen acht Jahren von der DVR gesammelten Beweise eine Grundlage für das bevorstehende Tribunal bilden und dass die Verantwortlichen verurteilt werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6294ba5cb480cc4e8b368152.jpg>

Ein durch Artilleriefeuer zerstörtes Wohnhaus in Donezk, Aufnahme vom 30. März.

16:30 de.rt.com: **Inflation in Deutschland steigt auf knapp acht Prozent**

Die Inflation in Deutschland ist im Mai weiter gestiegen. Die Verbraucherpreise lagen um 7,9 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats, wie das Statistische Bundesamt am Montag anhand vorläufiger Daten mitteilte.

Damit verharrte die Inflation in Deutschland im dritten Monat in Folge über der Marke von sieben Prozent. Im März war die jährliche Teuerungsrate von zuvor 5,1 Prozent sprunghaft auf 7,3 Prozent gestiegen, im April lag die jährliche Teuerungsrate bei 7,4 Prozent. Von April auf Mai 2022 zogen die Preise den vorläufigen Zahlen zufolge um 0,9 Prozent an. Die stark gestiegenen Energiepreise, der Ukraine-Krieg sowie Probleme bei den Lieferketten infolge der Corona-Pandemie waren nach wie vor die wichtigsten Faktoren für den negativen Trend. Inflationsraten auf diesem Niveau gab es im wiedervereinigten Deutschland zuvor nicht. In den alten Bundesländern muss man in der Zeitreihe bis in den Winter 1973/1974 zurückgehen, um ähnlich hohe Werte zu finden. Damals waren die Mineralölpreise infolge der ersten Ölkrise stark gestiegen.

Mittlerweile ist auch die erste Zinserhöhung im Euroraum seit elf Jahren angepeilt: Die Europäische Zentralbank (EZB) hat in Aussicht gestellt, mit zwei Zinsschritten im Juli und September die derzeit negativen Einlagenzinsen von minus 0,5 Prozent zu beenden. Mit höheren Zinsen kann die steigende Inflation bekämpft werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6294bc8db480cc4ab648981d.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der**

Territorialverteidigung der DVR am 30. Mai 2022

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker haben die **Energieversorgung eines Kommunikationsobjekts in Mariupol wieder in Betrieb genommen** und Schäden an einem Faseroptikkabel in Wolodarskoje beseitigt.

An einer Autostraße im Gebiet von Wolnowacha wurden Bäume und Büsche beseitigt, um das Werk „Dorsnak“ an die Stromversorgung anzuschließen.

Am Eisenbahnabschnitt Sartana – Mariupol wurden 137,5 Meter Gleise wiederhergestellt.

Ärzte behandeln in den befreiten Gebieten weiter Bürger. Fast 900 Patienten wurden qualifiziert medizinisch behandelt.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 8 **Hektar Territorium kontrolliert und 672 explosive Objekte entschärft.**

Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben 10.905 humanitäre Pakete ausgegeben.

Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Für einen ungehinderten Verkehr auf dem befreiten Territorium der Donezker Volksrepublik müssen Bürger, die in Mariupol leben, sich an das territoriale Organ des Innenministerium (Bezirksabteilung Mangusch, Wolodarskoje, Nowoasowsk), den Passierpunkt Besymennoje oder Mangusch (den ehemaligen Verkehrspolizeiposten) wenden.

Nach der Überprüfung wird eine entsprechende Bescheinigung ausgegeben. Mit dieser Bescheinigung muss man sich an die Militärkommandantur wenden (diese gibt es in jedem der aufgezählten Ortschaften).

Die Kommandantur gibt auf Grundlage der vorgelegten Bescheinigung einen Passierschein aus, der das Recht auf unbehinderten Verkehr sichert.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:00 de.rt.com: Biden: USA werden der Ukraine keine Raketen liefern, die Russland treffen können

US-Präsident Joe Biden hat erklärt, Washington werde Kiew keine Raketensysteme liefern, die russisches Territorium treffen können.

Die Erklärung erfolgte vor dem Hintergrund der Veröffentlichungen über die bevorstehende Lieferung von US-Mehrfachraketen-Systemen an die Ukraine.

Am 21. Mai unterzeichnete Biden ein Gesetz, das Kiew militärische, wirtschaftliche und humanitäre Hilfe gewährt. Der US-Präsident hatte ursprünglich 33 Milliarden US-Dollar (30,6 Milliarden Euro) vom Kongress gefordert, aber die Parlamentarier erhöhten den Betrag auf fast 40 Milliarden US-Dollar (37,1 Milliarden Euro).



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6294cf31b480cc4ab6489840.jpg>

18:04 (17:04) novorosinform.org: **Medwedew hält Schläge gegen die Vereinigten Staaten im Falle der Lieferung bestimmter Waffentypen an die Ukraine für möglich**

Der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates der Russischen Föderation, Dmitri Medwedew, kommentierte die Entscheidung von US-Präsident Joe Biden, die Lieferung von Langstreckenwaffen an die Ukraine abzulehnen.

Russland würde im Falle eines Angriffs der Ukraine auf seine Städte mit amerikanischen Waffen die Entscheidungszentren angreifen. Dies erklärte der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates der Russischen Föderation Dmitri Medwedew.

So kommentierte er die Entscheidung von US-Präsident Joe Biden, die Ukraine nicht mit Raketensystemen zu beliefern, mit denen Kiew russisches Territorium angreifen könnte.

„Es ist vernünftig! Andernfalls hätten die russischen Streitkräfte beim Angriff auf unsere Städte ihre Drohung wahrgemacht und die Zentren für diese kriminellen Entscheidungen angegriffen“, schrieb Medwedew in seinem Telegram-Kanal.

Der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates der Russischen Föderation erinnerte auch daran, dass einige der Entscheidungszentren "überhaupt nicht in Kiew" seien.



https://novorosinform.org/content/images/54/89/45489_720x405.jpg

17:30 de.rt.com: **Kanadischer Journalist berichtet über düstere Stimmung unter ukrainischen Soldaten**

Der kanadische Journalist Neil Hauer, der als Kriegsberichterstatter auf Seite der Ukraine tätig ist, hat auf [Twitter](#) Aussagen ukrainischer Soldaten veröffentlicht, die auf eine schwierige Versorgungslage und sehr niedrige Moral der ukrainischen Streitkräfte hinweisen. So sollen aus den Kämpfen um die Stadt Bachmut im Gebiet Donezk zurückgekehrte Soldaten das Fehlen von neuen Waffen und Verstärkungen bemängelt haben. Hauer zitierte einen Veteranen, der seit 2014 kämpft:

"Man erwartet von mir, gegen Panzer mit einer Kalaschnikow zu kämpfen. Wir sind einfach Kanonenfutter. Wir sind im Arsch."

Die Einschätzung der ukrainischen Regierung durch die Soldaten sei "sehr pessimistisch", so Hauer. Ein Soldat habe von einer Zweikastengesellschaft gesprochen:

"Sie müssen verstehen, dass es in diesem Land zwei Kasten gibt: die obere und die untere. Sie kriegen das Geld, und wir sollen einfach voran marschieren und sterben."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6294c8b948fbef7a7f20df37.jpg>

Dan-news.info: **Spezialisten der DVR haben eine Rohrleitung gebaut und in Betrieb genommen, die die Haupttrinkwasserquelle in der Region speisen wird**, teilte der Zivilschutzminister der DVR Alexej Kostrubizkij mit.

„Wir versorgen uns derzeit aus Reservequellen – Wasserreservoirn, aber sie haben die Eigenschaft zu Ende zu gehen, deshalb haben wir einen komplexen Plan zur Aufrechterhaltung unseres Kanals „Sewerskij Donez – Donbass“ erarbeitet. Wir pumpen das Wasser jetzt aus vielen Quellen“, sagte der Minister.

Kostrubizkij erläuterte, dass die Länge der Rohrleitung mehr als 2km beträgt, sie kann täglich bis zu 15.000 Kubikmeter Wasser befördern. Eine Probeinbetriebnahme fand am 29. Mai statt, der Kanal füllt sich schon. Diese Maßnahme wird es, so meint das Zivilschutzministerium, erlauben, die Situation mit der Wasserversorgung in der Republik teilweise zu stabilisieren. Die Probleme traten bereits im Februar auf, weil die ukrainischen Truppen wichtige Objekte der Wasserversorgung beschossen haben. In den Ortschaften wurde dadurch die Wasserversorgung entweder ganz eingestellt oder sie läuft in verringertem Umfang nach einem Zeitplan. So gibt es in Makejewka zum Beispiel nur alle drei Tage Wasser.

18:37 (17:37) novorosinform.org: **Die russische Marine erlaubte die Bergung des von der Ukraine überfluteten Schiffes „Donbass“.**

Spezialisten der Schwarzmeerflotte der Russischen Föderation führen eine Untersuchung des von der Ukraine versenkten Schiffes „Donbass“ im Hafen von Mariupol durch, um Möglichkeiten für seine Bergung zu ermitteln.

Nach Angaben von Spezialisten für Rettungseinsätze der russischen Marine wurde heute der Westteil des Hafens von Mariupol geräumt und eine Untersuchung des gesunkenen Schiffes „Donbass“ begonnen. Experten wollen herausfinden, welche Mittel benötigt werden, um das Schiff zu heben, [informiert](#) RIA Novosti.

"Die Untersuchung ist nicht einfach und sehr umfangreich. Aber nichts ist unmöglich", bemerkte ein Spezialist der russischen Marine.

Die Gründe für die Überschwemmung des „Donbass“ würden geklärt, insbesondere welche Schäden das Schiff aufweist. Nach dem Sammeln aller Informationen werde eine Entscheidung über die Methode und die Möglichkeit der Hebung getroffen, fügte der Vertreter

der russischen Marine hinzu.



https://cdn21.img.ria.ru/images/152914/50/1529145060_0:512:4000:2762_1280x0_80_0_0_68f13bb89c5fda51090fbc282f5362a6.jpg

Die Fregatte „Donbass“ der ukrainischen Marine – Archuvbild ria.ru

abends:

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 30.05.22**

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 150 Artillerie- und Mörsergeschosse mit Mehrfachraketenwerfern „Smetsch“, „Uragan“ und „Grad“ sowie mit Artillerie der Kaliber 155, 152 und 122 **abgefeuert**.

Die Gebiete von **13 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge der ukrainischen Aggression **starben 5 Zivilisten und 17 wurden verletzt**. 19 Wohnhäuser und 9 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von ziviler Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR und das Ermittlungskomitee der Russischen Föderation übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weitere Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern. Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 33 ukrainische Nationalisten, 4 Panzer und 2 Schützenpanzer vernichtet. 2 Schützenpanzerwagen wurden erbeutet.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in letzten 24 Stunden 6 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung seiner militärischen Pflicht starben und 18 verletzt wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:30 de.rt.com: **Erdoğan schlägt Gespräche zwischen Russland, Ukraine und der UNO in Istanbul vor**

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat bei einem Telefongespräch mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin vorgeschlagen, ein Treffen zwischen den Delegationen Russlands, der Ukraine und der UNO in Istanbul zu organisieren. Dies berichtete die Nachrichtenagentur TASS unter Verweis auf die Kanzlei des türkischen Präsidenten.

Ankara habe sich außerdem bereit erklärt, an einem Beobachtermechanismus teilzunehmen, sollten die Parteien "eine prinzipielle Einigung" erzielen. Erdoğan setze sich für einen schnellstmöglichen Friedensschluss zwischen Russland und der Ukraine ein, zitierte TASS die türkische Präsidentenkanzlei:

"Während der Gespräche erklärte Präsident Erdoğan, dass es notwendig sei, so bald wie möglich Frieden zwischen Russland und der Ukraine zu erreichen sowie Maßnahmen zur Beseitigung der negativen Kriegsfolgen und zur Festigung des Vertrauens zu ergreifen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6294d957b480cc173447c8a5.jpg>

20:11 (19:11) novorosinform.org: **Infolge des Beschusses von Stachanow wurden zwei Menschen getötet, mehr als 20 Menschen wurden verletzt - Generalstaatsanwaltschaft der LVR**

Die Behörden der LVR haben Informationen über die Toten und Verletzten infolge eines massiven Angriffs des ukrainischer Militärs auf Stachanow veröffentlicht.

Die Zahl der Verletzten beim Beschuss der Streitkräfte der Ukraine hat 24 Personen erreicht, darunter 8 Kinder, berichtet der Pressedienst der Generalstaatsanwaltschaft der LVR.

Nach Angaben der Behörde schossen die Streitkräfte der Ukraine mit Mehrfachraketenwerfern von Uragan auf Stachanow und feuerten drei Granaten auf die Stadt ab.

„24 Menschen wurden verletzt, darunter 8 Kinder“, heißt es in der Erklärung.

Die Generalstaatsanwaltschaft fügte hinzu, dass durch den Beschuss auch eine Schule und Wohngebäude beschädigt worden seien.

Früher wurde berichtet, dass eine schwangere Frau während des Beschusses von Stachanow starb.



https://novorosinform.org/content/images/55/00/45500_720x405.jpg

19:21 de.rt.com: **Mariupol: Krankenakten von gesunden Kindern gefunden – offenbar zur Erfassung ihrer Organe**

Das russische Untersuchungskomitee wird Videomaterial untersuchen, das in einer Basis des Roten Kreuzes in Mariupol aufgetaucht ist. Dort sollen Hunderte von Krankenakten von Kindern gefunden worden sein, in denen insbesondere deren gesunde Organe registriert worden wären.

Das russische Untersuchungskomitee hat mitgeteilt, es werde den Vorwürfen nachgehen, das ukrainische Rote Kreuz sei möglicherweise in zwielichtige Aktivitäten verwickelt, darunter in die Organisation von Registern über Kinder mit "gesunden Organen" in der Stadt Mariupol. Ursprünglich darauf hingewiesen hatte Wladimir Taranenko, der Leiter der in Donezk ansässigen Bürgerorganisation "Narodnaja Druschina", einer Freiwilligenbewegung, die als eines ihrer Ziele die Unterstützung der Strafverfolgungsbehörden in der Donezker Volksrepublik nennt.

Taranenko [postete](#) in seinen Accounts von sozialen Medien ein Video von einer Durchsuchung des Rot-Kreuz-Büros in Mariupol und behauptete, einige der dort gefundenen Beweise ließen das lokale ukrainische Rote Kreuz in einem sehr verdächtigen Licht erscheinen. Der Aktivist teilte mit, das Büro verfüge über medizinische Unterlagen für mehr als 1.000 Kinder, in denen "gesunde Organe" anstelle von medizinischen Diagnosen oder Therapien vermerkt seien. Wladimir Taranenko fügte noch hinzu, dass es sich bei einigen der im Büro entdeckten Papiere um Anleitungen zum Gebrauch von Waffen handele, auch in einem für Kinder bestimmten Format.

In dem Video war mindestens ein militärisches Handbuch zu sehen. Es handelte sich um einen Ausdruck der Schrift "Practical Military Ordnance Identification" von Thomas Gersbeck, einem pensionierten Techniker der US-Marine, für die Beseitigung von Sprengstoffen. Dies ist ein Praxishandbuch, in dem beschrieben wird, wie man nicht explodierte Munition identifiziert und auf sichere Weise damit umgeht.

Taranenko betonte, dass die Ermittler der DVR die Aktivitäten der Gesellschaft aufklären würden. Das russische Untersuchungskomitee erklärte wiederum, es werde das Video einer Liste von Beweisen hinzufügen, die ihm bereits zu mutmaßlichen Verbrechen Kiews vorliegen.

Mariupol ist eine wichtige Hafenstadt in dem Gebiet, das die DVR als ihr Hoheitsgebiet bezeichnet. Sie wurde während der laufenden Militärkampagne von russischen und DVR-Kräften befreit. Weder die ukrainische Abteilung noch das Internationale Komitee vom Roten Kreuz äußerten sich bislang zu den Vorwürfen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6294e06d48fbef28eb37ce52.jpg>

19:30 de.rt.com: **Französischer Journalist bei Sewerodonezk getötet**

Der französische Journalist Frederic Leclerc Imhoff wurde in der Nähe von Sewerodonezk (Gebiet Lugansk) getötet. Dies teilte der französische Präsident Emmanuel Macron mit. Nach ersten Informationen geriet das Auto, in dem der französische Medienvertreter unterwegs war, unter Beschuss. Der Journalist befand sich in der Stadt, in der aktive Kämpfe stattfanden.

Aus dem öffentlich zugänglichen Lebenslauf des Journalisten geht hervor, dass er seit Dezember 2015, also fast sechseinhalb Jahre lang, für France TV und BFMTV gearbeitet hat. In der Ukraine wurde er von BFMTV akkreditiert, um dort zu arbeiten.

20:33 (19:33) novorosinform.org: **Europa wird keinen Waffenstillstand in der Ukraine um jeden Preis akzeptieren - Vorsitzende des Europäischen Parlaments**

Bei der Eröffnung des EU-Gipfels in Brüssel kündigte die Vorsitzende des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, an, dass die Europäer einem Waffenstillstand zwischen Moskau und Kiew nicht auf Kosten eines Gebietsverlusts der Ukraine zustimmen würden.

Ihrer Meinung nach sollte die Europäische Union keinem Waffenstillstand zu russischen Bedingungen zustimmen, die für den Westen nicht akzeptabel seien.

"Wenn zum Beispiel der Preis für einen Waffenstillstand das Territorium der Ukraine ist, dann sollten wir das meiner Meinung nach nicht akzeptieren. Das ist kein Frieden um jeden Preis", betonte Metsola.



https://novorosinform.org/content/images/55/01/45501_720x405.jpg

20:00 de.rt.com: **Gazprom stellt Gaslieferungen an den niederländischen Händler GasTerra am 31. Mai ein**

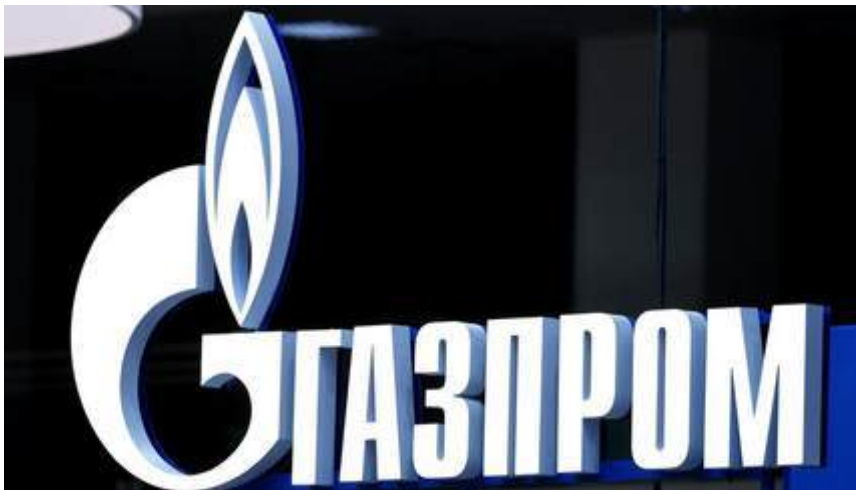
Gazprom Export, eine Tochtergesellschaft von Gazprom, wird die Gaslieferungen an den

niederländischen Gashändler GasTerra am 31. Mai aussetzen, da die Zahlung für im April geliefertes Gas ausgeblieben ist und die Zahlung in Rubel verweigert wird. Gazprom Export sagte in einer Erklärung:

"Bei Geschäftsschluss am 30. Mai (vertraglich festgelegte Zahlungsfrist) hatte Gazprom Export von GasTerra noch keine Zahlung für die Gaslieferungen im April erhalten. Gazprom Export hat GasTerra daher über die Aussetzung der Gaslieferungen ab dem 31. Mai 2022 und bis zur Zahlung gemäß des durch den oben genannten Erlass des russischen Präsidenten festgelegten Verfahrens informiert."

Das niederländische Unternehmen teilte Gazprom Export außerdem mit, dass es nicht beabsichtige, die Zahlungen für das gelieferte Gas gemäß dem russischen Präsidialdekret und der von Gazprom Export vorgeschlagenen Regelung in Rubel zu leisten.

Zuvor hat GasTerra erklärt, dass es beschlossen habe, den Forderungen von Gazprom, Zahlungen für geliefertes Gas in russischen Rubeln zu leisten, nicht nachzukommen. Das Unternehmen begründete seine Entscheidung damit, dass Zahlungen im Rahmen der neuen Regelung zu einem Verstoß gegen die von der EU verhängten Sanktionen führen könnten und dass mit der geforderten Zahlungsmethode zu viele finanzielle und operative Risiken verbunden sind.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6294f79f48fbef2985283e35.jpg>

20:25 de.rt.com: **LVR: Zwei schwangere Frauen bei Beschuss getötet**

In der Stadt Stachanow in der Lugansker Volksrepublik (LVR) sind zwei schwangere Frauen durch Granatenbeschuss getötet worden. Dies teilte das Hauptquartier der Landesverteidigung der LVR mit.

"Zwei schwangere Frauen wurden getötet, als Stachanow von den Kiewer Sicherheitskräften beschossen wurde."

Die LVR-Behörden fügten hinzu, dass eine Frau auf der Stelle starb, während die andere später auf der Intensivstation starb.

Zuvor wurde berichtet, dass die ukrainischen Streitkräfte drei Granaten aus dem Mehrfachraketenwerfersystem Uragan auf die Stadt Stachanow abgefeuert haben. Berichten zufolge wurden acht Menschen, darunter auch Kinder, durch den Beschuss verletzt.

Am 30. Mai berichtete das Hauptquartier der territorialen Verteidigung der Donezker Volksrepublik (DVR) über den Beschuss von Donezk durch die ukrainischen Sicherheitskräfte. Infolgedessen wurden drei Menschen getötet, darunter ein Kind. Außerdem wurde berichtet, dass 18 Menschen verletzt wurden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6295095648fbef28152bb217.jpg>

21:00 de.rt.com: **Russisches Militär: Nazi-Regiment Kraken terrorisiert Einwohner des Gebiets Charkow**

Mitglieder des Nazi-Bataillons Kraken sollen im Gebiet Charkow Razzien gegen Anwohner durchgeführt haben, die durch die ukrainischen Sicherheitsdienste einer prorussischen Gesinnung verdächtigt werden. Dies gab Generaloberst Michail Misintzew, der Leiter des russischen Zentrums für Verteidigungsmanagement bekannt:

"Im Gebiet Charkow führen Militante der nationalistischen Einheit Kraken, die sich hauptsächlich aus Radikalen und aus den Gefängnissen entlassenen Vergewaltigern und Mördern zusammensetzt, Strafaktionen durch, bei denen so genannte Todesschwadronen nachts in die Häuser von Anwohnern eindringen, die vom SBU einer prorussischen Gesinnung verdächtigt werden, sie körperlich misshandeln und an einen unbekannten Ort verschleppen."

Misintzew zufolge seien Dutzende von Festgenommenen bis heute nicht nach Hause zurückgekehrt und über ihr Schicksal sei nichts bekannt.